

gehört es offensichtlich mit zu den bestgeschützten Tabus, nicht über den Inhalt des Gemeineigentums zu sprechen, da der sozialistische Firnis sonst schnell abblättern könnte.

#### Anmerkungen:

- 1) Hongqi 1975, Nr.4, S.3-12.
- 2) Zhonghua renmin gongheguo minfa jiben wenti, "Grundprobleme des Zivilrechts der VR China", Beijing 1958, fortan "Minfa".
- 3) Minfa, S.125 f.
- 4) Minfa, S.120 ff.
- 5) Minfa, S.132 f.
- 6) Art.5, Abs.2, Verfassung 1978.
- 7) Einzelheiten dazu in C.a., November 1975, S.688-695 (694).
- 8) Art.9, Verfassung 1978.
- 9) Minfa, S.138.
- 10) PRu 1974, Nr.7, S.16 ff.
- 11) Hongqi 1980, Nr.17.
- 12) RMRB, 5.7.78.
- 13) RMRB, 25.11.80.
- 14) RMRB, 28.10.80.
- 15) Einzelheiten zur Vertragsgestaltung in Oskar Weggel, "Eine Zeitbombe im Sozialismusgebäude der VR China: das Einzelwirtschafts- und Haushaltsquotensystem" in C.a., Juli 1981, S.429-439 (431 f.).
- 16) Ebenda, S.430 f.
- 17) BRu 1981, Nr.46, S.5 f.
- 18) Näheres C.a., September 1981, Ü 48.
- 19) SWB, 27.11.81, und C.a., November 1981, Ü 34.
- 20) Nachweis in C.a., November 1981, Ü 34.
- 21) RMRB, 3.8.81.
- 22) Jingji guanli 1981, Nr.11, S.39.
- 23) Im einzelnen dazu Oskar Weggel, "Der Erdbeben im Rechts- und Vertragswesen und seine Auswirkungen auf das Außenhandelsrecht" in C.a., August 1980, S.656-668 (656 f.).
- 24) BRu 1981, Nr.49, S.12 ff.
- 25) Rede des stellvertretenden Direktors der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, Zhang Youyu, bei einer Rechtskonferenz in Beijing am 23. Februar 1981 in Inside China Mainland, November 1981, S.1 ff.
- 26) RMRB, 7.7.80.
- 27) Zur Diskussion um den bisherigen Eigentumsbegriff vgl. Jingji yanjiu 1979, Nr.1, S.21, und GMRB, 7.2.80.
- 28) RMRB, 7.7.80.
- 29) Dazu GMRB, 5.1. und 7.2.80.
- 30) RMRB, 7.7.80.
- 31) Ebenda.

\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*

ERHARD LOUVEN, PETER SCHIER

#### China 1981:

#### Politik und Wirtschaft

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

\*

#### 1. Innenpolitik

In der Volksrepublik China (VRCh) konnte auch im Jahre 1981 eine weitere personalpolitische Absicherung des nachmaoistischen Kurses und der ihn tragenden Deng-Xiaoping-Fraktion festgestellt werden: Der in der maoistischen Tradition stehende Hua Guofeng wurde von seinen Ämtern als Vorsitzender des Zentralkomitees (ZK) der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) und als Vorsitzender der ZK-Militärkommission abgelöst, der Deng-Vertraute Hu Yaobang wurde neuer KPCh-Vorsitzender, und Deng Xiaoping übernahm persönlich die oberste Befehlsgewalt über die Armee. Auch die anderen personellen Veränderungen auf der zentralen und regionalen Ebene von Partei, Staat und Armee bedeuteten eine Stärkung der Gruppe der "Realisten" um Deng Xiaoping. Die Säuberung der mittleren und unteren Funktionsebenen (von der Provinzebene abwärts) von Anhängern des maoistischen Entwicklungsmodells einer sozialistischen Gesellschaft konnte 1981 jedoch immer noch nicht abgeschlossen werden. Die Führungsstellen in den Provinzen sind zwar mittlerweile weitgehend mit Anhängern der Deng-Fraktion besetzt worden, doch die Parteiorganisationen auf Provinz-, Bezirks-, Kreis- und lokaler Ebene sind nach wie vor von Gegnern des neuen Kurses durchsetzt. Ein Indiz hierfür ist, daß die Delegiertenwahlen zum XII. Nationalen Parteitag der KP Chinas bis Ende 1981 noch nicht einmal in der Hälfte der 29 Provinzen, Autonomen Gebiete und regierungsunmittelbaren Städte stattgefunden haben, obwohl sie - einem ZK-Beschluß vom Februar 1980 zufolge - bis November 1980 hätten abgeschlossen werden sollen. Die von Deng Xiaoping bereits im Januar 1980 geforderte politische Überprüfung der mittlerweile 39 Millionen KPCh-Mitglieder konnte auch 1981 nicht vollständig in Angriff genommen werden. Der Beginn umfangreicher Säuberungen kündigte sich jedoch gegen Jahresende an: Mit Hilfe einer Bewegung zur Verbesserung des "Arbeitsstils der Partei", einer umfangreichen Verwaltungsreform und der Einrichtung sog. "Untersuchungsgruppen" auf allen Ebenen der Parteiorganisation sollen die Gegner der Deng-Fraktion aus der Partei und aus den Partei- und Staatsorganen ausgeschlossen werden.

Auch auf dem ideologischen Sektor konnte der nachmaoistische Kurs weiter abgesichert werden: Mit der Verabschiedung der "Resolution über einige Fragen der Geschichte unserer Partei

seit der Staatsgründung" auf der 6. Plenartagung des XI. ZK im Juni 1981 gelang es der Deng-Fraktion, ihre Interpretation der "Mao-Zedong-Ideen" als Leitideologie der Partei durchzusetzen und ihren als "sozialistisches Modernisierungsprogramm" bezeichneten Kurs ein weiteres Mal parteioffiziell festzuschreiben:

- Die "Mao-Zedong-Ideen" in der Interpretation der Deng-Fraktion.

Nach der zur offiziellen Parteilinie erhobenen Interpretation der Deng-Fraktion besteht der Kerninhalt der "Mao-Zedong-Ideen" in dem von Deng zur Legitimation seiner Politik entlehnten Prinzip "Die Wahrheit in den Tatsachen suchen", d.h. "ausgehend von der Realität, Theorie und Praxis miteinander zu verbinden" bzw. "die allgemeingültige Wahrheit des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Praxis der chinesischen Revolution zu verbinden". Dies bedeutet, daß die "Mao-Zedong-Ideen" nicht nur für die "realistische" Politik der Deng-Fraktion stehen, sondern auch für eine Eigenständigkeit des chinesischen Kommunismus und als Abgrenzung gegenüber Dominierungsversuchen von seiten der KPdSU. Die "falschen 'linken' Thesen des Genossen Mao Zedong" werden ausdrücklich nicht mehr zu den "Mao-Zedong-Ideen" gezählt, d.h., zu den "Mao-Zedong-Ideen" gehören nur noch jene "korrekten" Bruchstücke der maoistischen Lehre, die in das sozialistische Modernisierungsprogramm der Deng-Fraktion passen. Auch die alleinige Urheberschaft an den "Mao-Zedong-Ideen" wurde Mao entzogen: Die "Mao-Zedong-Ideen" stellen demnach die "Kristallisation der kollektiven Weisheit der KPCh dar", da "viele hervorragende Führer unserer Partei an ihrer Schaffung und Entwicklung maßgeblich beteiligt waren", darunter so prominente Mao-Gegner wie Chen Yun, Peng Dehuai, Liu Shaoqi und -natürlich - Deng Xiaoping selbst. Der Deng-Version der "Mao-Zedong-Ideen" zufolge stellen diese kein totes Dogma dar, sondern müssen beständig "weiterentwickelt" werden. Die derartige Neuinterpretation (offizieller Terminus: "Wiederherstellung") der "Mao-Zedong-Ideen" läuft also de facto auf die Subsumierung der politischen Positionen der Deng-Fraktion unter dem Begriff "Mao-Zedong-Ideen" hinaus. So firmiert Mao posthum für eine Politik, die er in seinen letzten beiden Lebensjahrzehnten aufs schärfste bekämpft hat.

- Kernpunkte des "sozialistischen Modernisierungsprogramms".

Unter den zehn in der "Resolution..." genannten Hauptelementen des gesellschaftlichen Entwicklungskonzepts der Deng-Fraktion sind die folgenden drei von zentraler Bedeutung, da sie in der Tradition der Beschlüsse des VIII. Parteitags (1956) und in diametralem Gegensatz zum maoistischen Entwicklungskonzept einer sozialistischen Gesellschaft stehen:

1. Die gesamte Arbeit der Partei muß dem Wirtschaftsaufbau untergeordnet werden, da der Hauptwiderspruch der chinesischen Gesellschaft in dem Widerspruch zwischen dem tagtäglich wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnissen des Volkes und der rückständigen gesellschaftlichen Produktion besteht.

2. Die Veränderung der sozialistischen Produktionsverhältnisse (Eigentumsverhältnisse) muß dem Stand der Produktivkräfte entsprechen und der Entwicklung der Produktion dienen.

3. Der Klassenkampf (zwischen Bourgeoisie und Proletariat) bildet nicht mehr den Hauptwiderspruch der chinesischen Gesellschaft.

- Die "gemeinsame politische Plattform" der KPCh.

Die "Vier grundlegenden Prinzipien" (Festhalten am sozialistischen Weg, an der Diktatur des Proletariats, an der alleinigen Führung durch die KPCh und am Marxismus-Leninismus und an den Mao-Zedong-Ideen) wurde zur "gemeinsamen politischen Plattform der Einheit der Partei und der Einheit aller Nationalitäten unseres Landes" und zur "fundamentalen Garantie für den sicheren Erfolg der sozialistischen Modernisierung" erklärt. Da der Deng-Fraktion mittlerweile das Interpretationsmonopol über Fragen wie "Was ist Sozialismus?" und "Was sind die Mao-Zedong-Ideen?" weitgehend inne hat, kann sie mit Hilfe der "Vier grundlegenden Prinzipien" nicht nur gegen "bürgerliche" Abweichler, sondern auch gegen ihre maoistischen Gegner in Partei, Staat und Armee vorgehen.

Die parteiinternen Gegner der Deng-Fraktion setzen sich im wesentlichen aus zwei Gruppen zusammen:

- den maoistischen Traditionalisten bzw. Dogmatikern um Marschall Ye Jianying und den degradierten Hua Guofeng, die vor allem innerhalb der Armee sowie in einigen Provinzen noch über einen gewissen Rückhalt verfügen und die den Kurs Dengs aus politischen und persönlichen Gründen ablehnen;

- den alteingesessenen Vertretern der zentralen Ministerialbürokratie unter Li Xiannian, die die von den Realisten ursprünglich geplanten Wirtschaftsreformmaßnahmen (Dezentralisierung von wirtschaftlichen Machtbefugnissen und mehr Autonomie für die einzelnen Unternehmen; mehr Markt und weniger zentrale Befehlsplanung) und die Ende 1981 erneut angekündigte Verwaltungsreform ablehnen, da sie dadurch den Verlust ihrer Macht und Privilegien fürchten. Aus den gleichen Gründen lehnt offenbar ein großer Teil der hoffnungslos überalterten chinesischen Führungsmannschaft eine allgemeinverbindliche Ruhestandsregelung für führende Funktionäre ab, wie sie von der Deng-Fraktion gefordert wird.

Die parteiinternen Oppositionskräfte gegen Deng Xiaoping waren 1981 stark genug, um ursprünglich geplante weitreichende Veränderungen der Verfassung und des Parteistatus zu blockieren. Aufgrund offenbar heftiger Auseinandersetzungen innerhalb der KPCh konnte der noch im Februar 1980 für Ende 1980/Anfang 1981 angesetzte XII. Parteitag der KPCh bis Ende 1981 nicht stattfinden. Die parteiinterne Opposition gegen Deng Xiaoping ist jedoch offenbar nur noch zu Blockadeaktionen fähig, ohne in der Lage zu sein, das politische Heft wieder an sich zu reißen:

- Sie ist innerhalb des obersten poli-

tischen Entscheidungsgremiums der Volksrepublik China, dem Ständigen Ausschuß des Politbüros, mit 3:4 in der Minderheit (Ye Jianying, Hua Guofeng, Li Xiannian : Chen Yun, Deng Xiaoping, Hu Yaobang, Zhao Ziyang). Die Gefahr, daß einer aus der Dengschen Vierertruppe ausschert, ist so gut wie ausgeschlossen. Eher erscheint es möglich, daß Li Xiannian zur anderen Seite wechselt.

- Der Opposition gegen Deng fehlt es an einem einheitlichen und - vor allem - populären Programm. Ihr Widerstand und ihr Zusammenhalt werden lediglich von einem Konglomerat von z.T. höchst persönlichen Partikularinteressen bestimmt. Von einer einheitlichen, konstruktiven Opposition kann daher kaum die Rede sein, sondern eher von einer buntgemischten Verweigerungsfrent von politischen und individuellen Nörglern.

- Der Opposition gegen Deng fehlt eine populäre Führerpersönlichkeit.

- Der Opposition gegen Deng fehlt jener große Rückhalt innerhalb der Armee, den Mao hatte, um die Kulturrevolution zu starten und siegreich zu beenden. Der Ablösung Hua Guofengs als Vorsitzender der ZK-Militärkommission und der Übernahme dieses Amtes durch Deng Xiaoping kommen in diesem Zusammenhang zentrale Bedeutung zu.

- Ein erneuter radikaler Macht- und Kurswechsel (der aufgrund der oben genannten Punkte ohnehin kaum wahrscheinlich ist) dürfte die Existenz der kommunistischen Partei Chinas als solche in höchste Gefahr bringen, darüber hinaus wahrscheinlich zu bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen führen und damit China sicherheitspolitisch in Bedrängnis bringen. Dies jedoch kann auch nicht im Interesse der Oppositionskräfte sein.

Die Fähigkeit der parteiinternen Opposition gegen die Deng-Fraktion zur Blockade von wichtigen Parteibeschlüssen wurde in der ersten Jahreshälfte 1981 deutlich, als es ihr gelang, die parteioffizielle Absegnung des Sturzes von Hua Guofeng, der Wahl von Hu Yaobang zum neuen Parteivorsitzenden und der Deng-Version der "Mao-Zedong-Ideen" sechs Monate lang zu verzögern. Auf der anderen Seite zeigte sich in den Ergebnissen der 6. Plenartagung ihre relative Schwäche, da sie es nicht vermochte, ihre Interessen entscheidend durchzusetzen. In der Fähigkeit der Opposition zur Blockade liegt jedoch für die Deng-Fraktion die Gefahr, in den Augen der Bevölkerung diskreditiert zu werden und damit der weitverbreiteten Vertrauenskrise gegenüber der KPCh und dem sozialistischen System als solchem nicht effektiv entgegenzutreten zu können. Der erfolgreiche Ausgang der von der Deng-Fraktion angekündigten Verbesserung des "Arbeitsstils der Partei" (Kampf gegen Privilegiensucht und Korruption in den eigenen Reihen) und der Verwaltungsreform sowie der damit verbundenen Säuberungen dürfte für die Popularität der Deng-Fraktion ebenso wichtig sein wie die Vermeidung einer Wirtschaftskrise.

Im Prinzip einig ist sich die chinesische Parteiführung jedoch in der ent-

schiedenen Bekämpfung von sog. "bürgerlichen Liberalisierungstendenzen", die auf eine Ablehnung der Alleinherrschaft der KPCh hinauslaufen. Zwischen der Parteiführung und Teilen der Armee gibt es jedoch offenbar erhebliche Differenzen über die Methoden und die Objekte des Kampfes gegen die "bürgerliche Liberalisierung". Einverständnis herrscht über die Ende 1980 beschlossene Reideologisierung und Repolitisierung des gesellschaftlichen Lebens, um einem weiteren ideologischen Verfall (Fehlen von Leitbildern, Verschlechterung der sozialen Moral, "Vertrauenskrise" etc.) entgegenzuwirken.

Die öffentliche Sicherheit und Ordnung wurde während des Prozesses gegen die "Viererbande" und einige hohe Militärs der "Lin-Biao-Clique" (20.11.80-25.1.81) und auch noch einige Monate danach durch eine Serie von Sprengstoffanschlägen, Brandstiftungen u.a. Sabotageakten in fast allen Landesteilen empfindlich beeinträchtigt. Hierbei handelte es sich zum Teil um Aktionen radikaler maoistischer Personen, darunter wahrscheinlich auch Armee- und Milizangehörige. Die Kriminalitätsrate (insb. Mord, Raub und Vergewaltigung) nahm im Jahres- und Landesdurchschnitt alarmierende Ausmaße an und veranlaßte die chinesische Führung zu einer Serie von Schauprozessen und Hinrichtungen und z.T. sogar zum Einsatz der Armee. Unruhen zwischen den Angehörigen nationaler Minderheiten und den Han(Chinesen) ereigneten sich in den militärstrategisch bedeutsamen Autonomen Gebieten Xinjiang und Innere Mongolei.

## 2. Außenpolitik

Die außenpolitischen Grundsätze des als "sozialistisches Modernisierungsprogramm" bezeichneten nachmaoistischen Kurses wurden Ende Juni 1981 in der "Resolution über einige Fragen der Geschichte unserer Partei seit der Staatsgründung" in folgenden drei Punkten festgeschrieben:

1. Fortsetzung des Kampfes gegen
  - "Imperialismus" (d.h. USA u.a. kapitalistische Länder)
  - "Hegemonismus" (Sowjetunion, Vietnam etc.)
  - "Kolonialismus" und
  - "Rassismus".

2. Ausweitung der politischen Beziehungen und der wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte mit allen Ländern "auf der Grundlage der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz".

3. Festhalten am "proletarischen Internationalismus", d.h.

- "Unterstützung des Befreiungskampfes der unterdrückten Nationen"
- "Unterstützung des Aufbaus der Länder, die erst kürzlich die Unabhängigkeit erlangt haben"
- "Unterstützung des gerechten Kampfes aller Völker".

Kernpunkt der chinesischen Außenpolitik blieb der Kampf gegen den "Hegemonismus" der Sowjetunion und ihrer Verbündeten (Vietnam). China bekämpft deshalb die vietnamesische Oberherrschaft über Laos und Kambodscha und die sowjetische Präsenz auf der indochinesischen Halbinsel. Darüber hinaus unterstützt Beijing den

Widerstand gegen die Besetzung Afghanistans durch sowjetische Truppen und warnt Moskau vor einer militärischen Intervention in Polen. Schließlich verurteilt die VR China die libysche Intervention im Tschad, da sie hinter Libyen die UdSSR wähnt.

Chinas Verhältnis zu anderen Staaten ist nach wie vor primär abhängig von den Beziehungen dieser Staaten zur UdSSR.

Die chinesisch-sowjetischen Beziehungen werden sich nach Ansicht Beijings nur dann bessern, wenn die Sowjetunion ihre weltweite "sozialimperialistische" Politik und ihre "Hegemonieansprüche" aufgibt. Gleiches gilt für das chinesisch-vietnamesische Verhältnis in bezug auf die vietnamesischen Hegemonieansprüche auf der indochinesischen Halbinsel. Deshalb kam es auch 1981 nicht zu einer Wiederaufnahme der sino-sowjetischen Normalisierungsgespräche und der chinesisch-vietnamesischen Verhandlungen, die im Januar bzw. Februar 1980 abgebrochen worden waren.

China will dem sowjetischen "Expansionismus" und "Hegemonismus" eine Rollback-Strategie entgegenstellen, der sich neben China alle Staaten, von Westeuropa über die USA bis zu den Ländern der Dritten Welt, anschließen sollen. In diesem Zusammenhang begrüßte China den Bau der Neutronenbombe durch die USA und bezeichnete es die europäische Friedensbewegung als Schwächung der notwendigen Verteidigungsanstrengungen gegenüber der Sowjetunion. Nach Ansicht Beijings dienen die pazifistischen und neutralistischen Tendenzen in Westeuropa de facto den sowjetischen Interessen.

Im Gegensatz zur Sowjetunion beteiligte sich China am Nord-Süd-Gipfel in Cancun im August 1981. Obwohl China von seinem kulturevolutionären Konfrontationskurs (Krieg der Weltstädte) abgegangen ist und heute einen Dialog zwischen Nord und Süd befürwortet, blieb es in der Sache - dem Kampf für eine neue Weltwirtschaftsordnung zugunsten der Entwicklungsländer - hart. Dieser Kampf gegen "Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus" ist jedoch nach Ansicht Beijings untrennbar mit dem Kampf gegen den "Hegemonismus" (UdSSR) verbunden, da wirtschaftliche Entwicklung einer friedlichen Umgebung bedürfe. Der Hegemonismus (der UdSSR) bedrohe jedoch den Weltfrieden, und deshalb könne ohne antihegemonistischen Kampf weder der Weltfrieden noch eine neue Weltwirtschaftsordnung erreicht werden.

Angesichts der Anwendung des "Taiwan Relations Act" auch durch die Reagan-Administration und möglicher Waffenverkäufe an Taiwan (u.a. das Kampfflugzeug F16) verschlechterten sich die Aussichten auf eine weitere Verbesserung des chinesisch-amerikanischen Verhältnisses. China betrachtet Waffenverkäufe an Taiwan als eine "Einmischung" in seine "inneren Angelegenheiten" und warnte die USA vor einer Verschlechterung der beiderseitigen Beziehungen. Weiterer Ausdruck einer Verstimmung im chinesisch-amerikanischen Verhältnis war der gegen Jahresende in den chinesischen Massenmedien erhobene Vorwurf, auch die

USA strebten nach "Hegemonismus".

Anlässlich des Verkaufs von zwei holländischen U-Booten an Taiwan Anfang 1981 hatte Beijing bereits prinzipiell festgestellt: "Wir nehmen es nicht hin, daß ein Land, mit dem China diplomatische Beziehungen unterhält, ...an Taiwan Waffen verkauft." Die VR China stufte deshalb die diplomatischen Beziehungen zu den Niederlanden auf Geschäftsträgerebene herab.

Im Indochina-Konflikt nahm China - ebenso wie Vietnam - weiterhin eine kompromißlose Haltung ein und arbeitet u.a. auf eine erneute Machtergreifung der prochinesischen Kommunisten (Rote Khmer bzw. die formal aufgelöste "Kommunistische Partei Kampuchas") in Kambodscha hin. Aus taktischen Erwägungen setzt sich Beijing für die Bildung einer antivietnamesischen Einheitsfront zwischen den kambodschanischen Kommunisten, den bürgerlichen Kräften (Son Sann) und den Monarchisten (Norodom Sihanouk) ein, um das stark lädierte nationale und internationale Ansehen des "Demokratischen Kampuchea" zu verbessern. China weigerte sich auch, seine "politische und moralische" Unterstützung für die prochinesischen KPs in Südostasien einzustellen.

Chinas Vorschlag zur Normalisierung der chinesisch-indischen Beziehungen und die Wiederaufnahme "freundschaftlicher Konsultationen" führten aufgrund höchst unterschiedlicher Grenzvorstellungen beider Seiten nicht zu einer substantiellen Verbesserung des chinesisch-indischen Verhältnisses. Statt dessen kam es zu einer weiteren Verbesserung der chinesisch-pakistanischen Beziehungen (u.a. durch umfangreiche chinesisch-pakistanische Militärhilfe). Auch die Beziehungen zur Türkei verbesserten sich erheblich.

Im Nahost-Konflikt nahm China eine gemäßigte Haltung ein: Für Beijing liegt in einer "umfassenden und gerechten Lösung der Palästinenser-Frage" der Schlüssel zur Lösung des Nahost-Konflikts. Israel soll sich - nach Ansicht Chinas - aus allen besetzten Gebieten zurückziehen, das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung anerkennen und dem palästinensischen Volk die Gründung eines eigenen Staates gestatten. Dafür erkannte China zum ersten Male das Existenzrecht des Staates Israel an, indem es den saudi-arabischen Friedensplan unterstützte. Wahrscheinlich um den sowjetischen Einfluß im Nahen Osten einzudämmen, sprach sich China für eine Präsenz der USA im Nahen Osten aus und forderte das Ende des iranisch-irakischen Krieges. Die USA wurden jedoch aufgefordert, ihre einseitige Stellungnahme für Israel aufzugeben und positiv zu einer Lösung der Palästinenser-Frage beizutragen.

In Europa forderte China eine weitere Stärkung der EG und der NATO und erteilte der Friedensbewegung eine deutliche Absage (s.o.). Mit der Sozialistischen Partei Frankreichs nahm die KP Chinas zum ersten Mal offizielle Parteibeziehungen zu einer nichtkommunistischen Partei auf. Sympathie wurde auch für die Gründung der gemäßigten Sozialdemokratischen Partei Englands ausgedrückt. Mit der Verschlechterung der chinesisch-holländi-

schen Beziehungen verbesserte sich das chinesisch-belgische Verhältnis.

Gegenüber der Verhängung des Kriegsrechts in Polen deutete China Verständnis an, da Jaruzelski als Reformler eingeschätzt wird und nicht als prosovietischer Reformgegner. Allein schon aus innenpolitischen Erwägungen heraus gilt Chinas Sympathie den Reformkräften innerhalb der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und nicht den außerhalb der Partei stehenden Kräften der unabhängigen Gewerkschaft "Solidarität".

Beijings propagandistisch hochgespielter neuer Wiedervereinigungsvorschlag an Taiwan Ende September 1981 stieß bei der taiwanesischen Führung auf totale Ablehnung und dürfte auch in Zukunft kaum Chancen auf Erfolg haben.

### 3. Binnenwirtschaft

Die im Jahre 1980 zutage getretenen Ungleichgewichte in der Wirtschaft zwangen die chinesische Regierung, 1981 wiederum die Zentralisierung der Wirtschaftsplanung zu verstärken. Ein wichtiger Grund dafür war die Tatsache, daß die von der Zentrale beschlossenen Reduzierungen der Investitionen durch die auf den lokalen und betrieblichen Ebenen ungehemmt und unkoordiniert in Gang gesetzten Investitionsprojekte aufgehoben wurden. Nach einem Regierungsbeschluss von Anfang Februar 1981 sollten alle Investitionsmittel in einen einheitlichen Staatsplan aufgenommen werden.

Das Defizit bei den Staatseinnahmen und -ausgaben von 12,75 Mrd. Yuan im Jahre 1980 war teilweise dadurch entstanden, daß die Einkommen der Landwirtschaft und auch der industriellen Arbeiterschaft um ca. 33 Mrd. erhöht worden waren. Aufgrund des dadurch bewirkten schnellen Anstieges des Kaufkraftüberhanges kam es zu inflationären Erscheinungen. Nach offiziellen Angaben betrug 1980 die Inflationsrate 6%; wahrscheinlich lag sie jedoch bei rund 20%. Der reale Rückgang des Lebensstandards führte an manchen Orten zu Unruhen und Streiks. Die Führung erkannte klar die mit einer solchen Lage verbundenen Gefahren. Der 1. Parteisekretär der Provinz Heilongjiang sprach dies deutlich aus: "Worin besteht die Gefahr? Sie besteht in einer möglichen Wirtschaftskrise, die zu einer instabilen politischen Lage führen kann, wenn wir nicht erfolgreich arbeiten" (C.a., Januar 1981, Ü 13).

Auf der Ende Februar/Anfang März stattgefundenen 17. Tagung des Ständigen Ausschusses des V. Nationalen Volkskongresses wurde dann beschlossen, sowohl den Volkswirtschaftsplan als auch das Budget für 1981 abzuändern. Die folgende Tabelle gibt Auskunft über die ursprünglichen und korrigierten Ansätze sowie über die Erfüllung, soweit dies nach den bisher bekanntgegebenen Zahlen bereits festzustellen ist. (s. Tabelle)

Das Ziel der Plankorrektur bestand also in einer Schwerpunktverlagerung von der Schwerindustrie hin zur Landwirtschaft und zur Leichtindustrie. Damit sollte die Konsumorientierung der Wirtschaft gefördert werden. China solle sich, so der stellvertretende Vor-

sitzende des ZK der KPCh in einer programmatischen Rede vom Dezember 1980, auf das vorhandene Industrie-potential stützen; die Importe sollten primär dazu dienen, die Produktionsanlagen umzugestalten und zu erneuern. Der Konsumorientierung diene auch die angestrebte Reformierung des Binnenhandels. Die staats-eigenen Handelsbetriebe kontrollieren den gesamten Großhandel und etwa 90% des Einzelhandels. Geplant ist, daß die staatlichen Handelsunternehmen weiterhin den Großhandel mit den wichtigsten Lebensmitteln und einen Teil des Einzelhandels beherrschen sollen. Die Produktionsmittel sollten nun nach und nach in die Handelssphäre einbezogen werden. Durch eine Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen (Eigentums-)Formen der Handelsorganisationen (staatlich, kollektiv, gemischt staatlich-privat, privat) sollen deren spezifische Vorteile jeweils stärker genutzt werden.

Die Ergebnisse des ersten Halbjahres 1981 zeigten bereits relativ große Auswirkungen der Schwerpunktpolitik. Der Anteil der Leichtindustrie am gesamten Bruttoerzeugniswert der Industrie stieg relativ schnell:

1978	43,1%
1979	43,7%
1980	46,9%
1. Halbjahr 1981	50,4%
1981 insgesamt	51,3%

Auch die Investitionstätigkeit konnte aufgrund der Rezentralisierungsbemühungen stärker unter Kontrolle gebracht werden. Während der ersten fünf Monate des Jahres 1981 überschritten die Investitionen den Haushaltsansatz nur noch um 5 Mrd. Yuan.

Die neuen Systeme der Produktionsverantwortlichkeit auf dem Lande sowie die den Betrieben der Industrie zugebilligten größeren Entscheidungsspielräume bewirkten einerseits bessere Produktionsergebnisse, auf der anderen Seite aber auch Verluste. Nach einem Bericht der Zeitschrift Zhong Gong Yanjiu (Vol. 18, Nr. 1) stieg die Zahl der sog. Verlustbetriebe von 1980 (9.600) auf 42.000 i. J. 1981. In der 1. Hälfte d. J. 1981 betrug der Wert der Verluste 2,179 Mrd. Yuan (55,2% mehr als in der Vergleichsperiode des Vorjahres). Gleichzeitig verschärfen sich aber die regionalen und sektoralen Einkommensunterschiede. Das durchschnittliche Einkommen in der industriell hoch entwickelten Region von Shanghai war nach dem World Development Report 1981 (World Bank, Washington, D.C., August 1981) etwa fünfmal so hoch wie in der ärmsten Provinz Guizhou. 40% der Chinesen beziehen nur 18% des Gesamteinkommens, während die wohlhabendsten 20% der Bevölkerung etwa 40% der Einkommen erhalten.

Für die interne Organisation der Betriebe - die Betriebsverfassung - wurden gemeinsam vom Allchinesischen Gewerkschaftsbund, von der staatlichen Wirtschaftskommission und der Organisationsabteilung des Staatsrats "vorläufige Regelungen" für die Arbeiterkongresse formuliert. Die wichtigsten Punkte lauten wie folgt (vgl. C.a., August 1981, Ü 4):

- Unter der Führung des Parteikomitees übernimmt der Betriebsdirektor die Verantwortung für die Produktion.

Tabelle: Planansätze und Erfüllung des Volkswirtschaftsplans und Budgets 1981

	ursprünglicher Ansatz	korrigierter Ansatz	Ist
1) Staatseinnahmen (Mrd. Yuan)	107,4	97,6	105,86
2) Staatsausgaben (Mrd. Yuan)	112,4	97,6	108,58
3) Bruttoerzeugniswert der Industrie (Zuwachs in %)	5,5		4
4) Investitionsinvestitionen (Mrd. Yuan)	55	30/38	
5) Rohstahl (Mio. t)	35	33	35,58
6) Leichtindustrie (Zuwachs in %)		8	13,6
7) Rohölförderung (Mio. t)	106	100	101,179
8) Kohleförderung im staatlich kontrollierten Bereich (Mio. t)	359	338	

Quelle: BRU, Nr. 38, 23.9.1980; CEN, 18.1.1982; C.a., Dez. 1981, S. 806

- Der Arbeitsbericht des Betriebsdirektors, die Produktions- und Aufbau-pläne, die Budgets und Bilanzen werden vom Arbeiterkongreß diskutiert und geprüft.

- Ferner diskutiert der Arbeiterkongreß die Verwendung der Fonds für Arbeitsschutz, für Wohlfahrt und für Boni, die Belohnung und Bestrafung von Arbeitern und führt Entscheidungen über diese Fragen herbei.

- Die Führungskader auf allen Betriebsebenen werden vom Arbeiterkongreß überwacht. Tüchtige Kader können zur Beförderung, unfähige zur Entlassung vorgeschlagen werden.

- Der Betriebsdirektor muß dem Arbeiterkongreß regelmäßig Bericht erstatten.

- Der Arbeiterkongreß kann Vorschläge machen, wenn er mit einer Anweisung des verantwortlichen Leitungssorgans nicht einverstanden ist; die betreffende Anweisung muß jedoch ausgeführt werden, wenn das Leitungssorgan nach einer Prüfung des Falles beschließt, die ursprüngliche Anweisung aufrechtzuerhalten.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, daß dem Betriebsdirektor eine starke Position zugewiesen worden ist.

Im letzten Quartal des Jahres 1981 deuteten Aussagen führender chinesischer Politiker dahin, daß die Schwerindustrie wieder stärker berücksichtigt werden sollte. Offensichtlich hatte die verstärkte Nachfrage der besonders geförderten Leichtindustrie nach Produktionsmitteln Engpässe in der Schwerindustrie sichtbar werden lassen. Vor allem auch die entwicklungs-politisch besonders wichtigen Industriebereiche Kohle, Erdöl und Wasserkraftwerksbau sowie das Verkehrswesen benötigten in steigendem Maße Zulieferungen aus dem schwerindustriellen Bereich. Nach Gu Mu, verantwortlich für die Staatliche Kommission zur Kontrolle von Auslandsinvestitionen, werde die Wiederankurbelung der Schwerindustrie deshalb erforderlich, weil die Stahlnachfrage stark angestiegen sei. Selbst wenn - dermaleinst - mit der zweiten Ausbaustufe des Eisen- und Stahlkomplexes Baoshan 6 Mio. t Rohstahl zusätzlich jährlich produziert werden könnten, sei dies nicht ausreichend für die schnell ansteigende Stahlnachfrage. Tatsächlich überstieg die Rohstahlerzeugung mit 35,6 Mio. t den korrigierten Planansatz von

33 Mio. t und erreichte den ursprünglichen Planansatz.

Dem Sektorgleichgewicht in der Industrie wurde gegen Ende des Jahres weiterhin große Aufmerksamkeit geschenkt. Stärker betont wurde nun die sogenannte "Dienstleistungsfunktion" der Schwerindustrie, was in westlicher Terminologie mit "Bedarfsgerechtigkeit" übersetzt werden kann. In der Vergangenheit hatten Teile der Schwerindustrie für die Lagerhäuser produziert, was zwar in der Statistik als Zuwachs des Bruttoerzeugniswertes erschien, aber dennoch keinen Effektivitätszuwachs für die gesamte Volkswirtschaft erbrachte. Nun sollten primär die Ausrüstungen der Leichtindustrie ersetzt werden, die teilweise noch aus den 1920er und 1930er Jahren stammen. Die Änderung der sektoralen Struktur der Industrie hat unmittelbare Wirkungen auf die Beschäftigungspolitik, was die folgenden Zahlen illustrieren: Für Anlageinvestitionen in Höhe von einer Mio. Yuan können in der Leichtindustrie 257 Arbeiter, in der Schwerindustrie aber nur 94 Arbeiter neu beschäftigt werden. Unterschiedliche Kapitalintensitäten in den Kollektiv- und Staatsbetrieben des urbanen Sektors waren möglicherweise auch der Grund dafür, die Kollektivbetriebe - mit ihrer geringeren Kapitalintensität - stärker zu berücksichtigen. Der Anteil der 1980 neu eingestellten Arbeiter in den Kollektivbetrieben des urbanen Sektors betrug 43%; in den ersten neun Monaten des Jahres 1981 stieg dieser Anteil auf 46,5%.

Auf der vierten Tagung des V.NVK Anfang Dezember 1981 zog Ministerpräsident Zhao Ziyang in seinem Bericht über die Tätigkeit der Regierung eine nüchterne Bilanz. Der im Juni 1979 vorgeschlagene Zeitraum von drei Jahren für die Regulierung der Volkswirtschaft könne nicht eingehalten werden. Deshalb halte es der Staatsrat für notwendig, die Richtlinie Wirtschaftsregulierung für weitere fünf Jahre beizubehalten. Offensichtlich konnte innerhalb des Kreises der Wirtschaftsplaner kein genügend konkreter Konsensus über die Ausrichtung der Wirtschaft gefunden werden. Für das Jahr 1982 - immerhin schon das zweite Jahr des sechsten Fünfjahresplanens - wurden nur wenige Zuwachsraten genannt; der Gesamtplan ist immer noch nicht bekannt geworden.

Hinsichtlich der langfristigen Ziele der Wirtschaftsentwicklung waren die Aus

sagen Zhao Ziyangs recht nüchtern. Als Referenz-Größe wurden nicht - wie noch bei Zhou Enlai und Hua Guofeng - die fortgeschrittenen Volkswirtschaften der Welt genannt, sondern die eigene Volkswirtschaft. Der Bruttoproduktionswert von Landwirtschaft und Industrie solle sich bis zum Jahre 2000 verdreifachen. Der Bruttoproduktionswert ist für sich gesehen eine wenig aussagekräftige Kennzahl. Zwischen 1949 und 1980 stieg der Bruttoproduktionswert von Landwirtschaft und Industrie um mehr als 1.300%, von 1952 bis 1980 stieg er um 810%. Das führte nicht unbedingt zu einer Anhebung des Lebensstandards der Bevölkerung. Nach Aussagen Xue Muqiaos blieb dieser zwischen 1957 und 1977 fast gleich. "Der Durchschnittslohn wurde nicht erhöht, die Getreideration für die Bauern stieg nicht an, und fast jeder dritte Bauer (270 Millionen Menschen) hatte ein hartes Leben" (C.a., September 1981, S.591).

Aussagen über die zukünftige Entwicklung der Wirtschaft sind insofern schwierig, als die Entscheidung über einen konsistenten Entwicklungsweg noch nicht gefallen zu sein scheint; allem Anschein nach verhindern unterschiedliche Gruppenvorstellungen dies. Die Auswirkungen des Defizits bei den Staatseinnahmen und -ausgaben haben die Führung wohl bewegt, wieder stärker zur Zentralisierung zurückzukehren. Dies trägt nicht unbedingt zu einer Stimulierung der Aktivitäten der Einheiten der unteren Ebenen bei. Es bleibt abzuwarten, ob eine Reform des Finanz- und Bankwesens durchgeführt wird, und - wenn das geschieht - ob dies die erhofften Wirkungen haben wird.

#### 4. Außenwirtschaft

Im chinesischen Außenhandel wurde eine Reform durchgeführt, die auf eine Dezentralisierung der Kompetenzen hinausläuft. Die Zentralen der chinesischen Außenhandelsgesellschaften werden nur noch bei wenigen wichtigen Erzeugnissen selbst im Handel tätig werden, einige Gesellschaften überhaupt nicht mehr. Sie werden sich hauptsächlich auf die Bereiche der Organisation und Außenhandelsplanung konzentrieren. In den regierungsunmittelbaren Städten und in einigen Provinzen wurden Außenhandelsgesellschaften gegründet, die sowohl den jeweiligen lokalen Regierungen als auch dem Ministerium für Außenhandel unterstehen. Einzelne Industrieunternehmen, Bergwerke und Landwirtschaftseinheiten dürfen mit entsprechenden Genehmigungen selbst Außenhandel betreiben. Vorsorglich hieß es bereits in einem Artikel der Zeitschrift China's Foreign Trade, daß die neuen Regelungen zunächst für die Außenhandelspartner Unannehmlichkeiten mit sich bringen würden (C.a., Januar 1981, Ü 46).

Schon ab November 1980 informierte die China Technical Import Corp. deutsche, amerikanische und japanische Firmen dahingehend, daß viele der zwischen 1978 und 1980 geschlossenen Verträge entweder storniert oder daß die Fertigstellungstermine der Projekte hinausgeschoben werden sollten. Die wichtigsten Projekte waren der Eisen- und Stahlkomplex Baoshan und die Petrochemischen Anlagen von Nanjing. Von der chinesischen Seite wurden vor

allem zwei Gründe angegeben, die miteinander verknüpft sind. Zum einen zögerte die Volksrepublik, sich im Ausland weiterhin zu verschulden. Wie einer westlichen Studiengruppe mitgeteilt wurde, solle die Höhe der Außenverschuldung 15% der Deviseneinnahmen aus Exporten nicht übersteigen (C.a., Mai 1981, Ü 32). Man wollte überdies günstige Zinssätze zu Entwicklungsländerkonditionen in Anspruch nehmen und nicht die hohen Zinssätze zahlen, die auf kommerzieller Basis verlangt werden. Die Finanzierung der Eigenleistungen wurde durch die Kürzung der Investitionsmittel ebenso betroffen. Zum anderen führte die rückläufige Ölförderung dazu, daß die Versorgung der geplanten chemischen Werke mit dem Rohstoff Öl sowie die Energieversorgung bestehender Anlagen gefährdet erschienen. Hinzu kamen die sinkenden Deviseneinnahmen aufgrund der gedrosselten Exporte von Rohöl.

Im Juli wurden die Außenhandelszahlen für das erste Halbjahr 1981 bekannt gegeben. Die Importe mit 15,6 Mrd. Yuan stiegen nominal mit 22,7% stärker als die Exporte mit 14,8 Mrd. Yuan (nominaler Anstieg 14,9% zur Vergleichsperiode des Vorjahres). Anfang Juli wurden auch erstmalig seit 1949 Finanzstatistiken veröffentlicht. Höher als allgemein erwartet war der Goldschatz der Chinesen mit 398 t, was einem Wert von ca. 5,2 Mrd. US\$ entspricht. Die Kennziffern "Auslandsschulden/Währungsreserven" in Höhe von 45% und "Zinsdienstleistungen" in Höhe von 8% für das Ende des Jahres 1980 sind im Vergleich zur Gesamtheit der Entwicklungsländer (176,4% und 12,6%) günstig. Allein aufgrund dieser Werte kann die Verschuldungsfähigkeit der Volksrepublik positiv eingeschätzt werden.

Die wichtigsten Kredite, die China von internationalen Organisationen erhielt, waren wie folgt:

500 Mio. US\$ vom Internationalen Währungsfonds (IWF)  
200 Mio. US\$ von der Weltbank.

Nach Aussagen des stellvertretenden Ministerpräsidenten Gu Mu benötigte China für den 1985 beginnenden siebten Fünfjahresplan mehr als 10 Mrd. US\$ ausländischer Kredite. Beim IWF sollen 5 bis 6 Mrd. US\$ beantragt werden (C.a., Oktober 1981, Ü 27). Diese Summe entspricht zwar der Ziehungsquote, die China eingeräumt wird, doch wird die Gewährung höherer Kredite bekanntlich vom IWF mit Auflagen zur Regulierung der Ungleichgewichte verbunden, für die der Kredit eingesetzt werden soll. Ob unter diesen Voraussetzungen der Kredit zustande kommt, bleibt fraglich.

Auf der vierten Tagung des V.NVK im Dezember wurde das Gewinnbesteuerungsgesetz für ausländische Unternehmen erlassen. Der Steuersatz beginnt bei 20% und steigt in Stufen progressiv. De facto kann er inklusive einer lokalen Zusatzsteuer in Höhe von 10% in der Spitze 48,75% erreichen. Die unerwartet hohen Spitzensteuersätze sind wohl aufgrund der Absicht Chinas zustande gekommen, in dem jetzt in größerem Umfang anlaufenden Offshore-Ölgeschäft den größtmöglichen Devisenertrag hereinzuholen. 26 der 46 an den Ausschreibungen für das Off

shore-Öl beteiligten Unternehmen sind in den USA beheimatet.

Die relativ hohen Steuersätze für die Gewinne ausländischer Unternehmen müssen sicherlich in Zusammenhang mit den Joint Equity Ventures gesehen werden, deren Gewinne nur bis zu ca. 35% besteuert werden. Im Jahre 1981 war ein Rückgang bei diesen Gemeinschaftsunternehmen im eigentlichen Sinne zu verzeichnen. Während 1980 noch 20 solcher Unternehmen mit einer Investitionssumme von 177 Mio. US\$ genehmigt wurden, sank die Zahl 1981 auf 19 Unternehmen mit einem scharfen Rückgang der involvierten Investitionssumme auf 20 Mio. US\$.

Die außenwirtschaftlichen Entwicklungen reflektieren in einem gewissen Maße die binnenwirtschaftlichen Schwierigkeiten. Durch die Dezentralisierungsmaßnahmen traten in der Tat die am Anfang des Jahres von der Zeitschrift China's Foreign Trade vorausgesagten "Unannehmlichkeiten" auf. In manchen Fällen war die Zentrale nicht mehr in der Lage, bestehende Exportaufträge zu erfüllen, da die jetzt zuständigen Provinzunternehmen sich nicht an die Abmachungen hielten. Die harte Konkurrenz zwischen verschiedenen chinesischen Unternehmen brachte manche Märkte durcheinander; es fiel sogar der Ausdruck "Preiskrieg" (vgl. C.a., November 1981, Ü 25). Im Bereich der Direktinvestitionen ausländischer Firmen wurden Formen der Wirtschaftskooperation mit geringem Risiko und wenig Bindung bevorzugt. Wie die geringe Gesamtinvestitionssumme der 1981 neu genehmigten Joint Equity Ventures anzeigt, handelt es sich dabei wohl in der Mehrzahl um Testunternehmungen.

Eine größere Bedeutung wird der außenwirtschaftliche Bereich sicher erst dann wieder gewinnen können, wenn die innere Entwicklung überschaubarer geworden ist. Eine detailliertere Kodifizierung der bislang weithin offen gebliebenen Problembereiche wird dies erleichtern. Eine Verstärkung des Wirtschaftskurses und die Beachtung internationaler Usancen durch die Chinesen werden ihrer Volkswirtschaft insgesamt nur zum Nutzen gereichen können.